

Was aus Sicht der Regierung für Neuwahlen spricht – und was dagegen

Reiz und Risiko der Absprunggelüste

Die strategischen Szenarien hinter dem Neuwahlgerede: SPÖ-Chef Christian Kern hat manchen plausiblen Grund, die Koalition aufzukündigen – sein ÖVP-Pendant Reinhold Mitterlehner keinen einzigen.

ANALYSE: Gerald John

Dürften die Österreicher ihren Kanzler direkt wählen, wäre die Entscheidung für Christian Kern einfach: Umfragen attestieren dem SPÖ-Chef persönlich derart große Popularität, dass er an den Urnen auf einen Erdrutschsieg hoffen dürfte. Warum also nicht vorzeitige Neuwahlen anzetteln, um die Gunst der Stunde zu nutzen? Angesichts des Kleinkriegs in der Koalition – die SPÖ wirft der ÖVP Obstruktion vor – könnte das strahlende Image im Herbst 2018, dem planmäßigen Termin der Nationalratswahl, längst verfliegen sein. „Kein Startbonus hält ewig“, sagt der Politologe Peter Filzmaier, „da braucht Kern nur bei ÖVP-Chef Mitterlehner nachzufragen.“

Überdies könnte die SPÖ darauf spekulieren, die Konkurrenz auf dem falschen Fuß zu erwischen: Die ÖVP hat weder den logischen Spitzenkandidaten in Stellung gebracht noch einen Gegenentwurf zum Kern'schen Plan A, mit dem sie in den Wahlkampf ziehen könnte (siehe Artikel rechts).

Blöd nur, dass hierzulande immer noch Parteien zur Wahl stehen, denn die Zugkraft des Frontmannes riss die eigene Marke bisher nicht mit: Die SPÖ liegt in allen Umfragen konstant hinter der FPÖ. Die Sozialdemokraten haben bei Neuwahlen viel zu verlieren, nämlich Kanzlerschaft und Regierungsbeteiligung; mehr als abermals Erster werden können sie hingegen nicht. Und selbst wenn die Titelverteidigung mit einem Stimmenplus gelingt: Bleibt am Ende ein anderer Ausweg als die unselige Koalition mit der ÖVP?

Eine Regierung aus SPÖ, Grünen und Neos ist angesichts der Kräfteverhältnisse eine sehr vage

Hoffnung, besonders dann, wenn bei der ÖVP mit Sebastian Kurz ein Spitzenkandidat antreten sollte, der abtrünnige Wähler von den Neos zurückholen könnte. Soll die Wahl der SPÖ also eine neue Option eröffnen, ist diese womöglich auf die FPÖ angewiesen.

Kern mag diese Variante – darauf deuten Annäherungsversuche hin – ernsthaft ins Auge fassen. Doch dann stellt sich immer noch die Frage, ob er einen solchen Tabubruch in den eigenen Reihen auf die Schnelle durchbringt. Schließlich gehörte für Jahrzehnte zum roten, per Parteitagbeschluss besiegelten Selbstverständnis: mit dieser FPÖ nicht!

„Ausgeschlossen“ nannte Michael Häupl unlängst eine rot-blaue Bundesregierung. Der in die Jahre gekommene Bürgermeister mag in der Bundes-SPÖ immer weniger mitzureden haben – doch er

gibt allemal eine gerade bei Wiener Genossen weitverbreitete Stimmungslage wieder.

Noch ein Wiener Handicap: Die von Flügelpartnern gebeutelte Stadtpartei ist nicht gerade im Idealzustand, um entschlossen einen Wahlkampf durchzuführen. Ohne starken Auftritt in der Metropole droht jede SP-Kampagne zum Rohrkrepiere zu werden.

Hüben wie drüben gilt allerdings: Emotionen überlagern bisweilen rationale Überlegungen. Auf beiden Seiten haben viele Vertreter die große Koalition im Herzen satt, und Frusterlebnisse hatte trotz kurzer Amtszeit auch Christian Kern schon zur Genüge. Dass der Ex-ÖBB-Chef das Risiko nicht scheut, ließ er bereits beim Antritt anklagen: Notfalls, kündigte Kern an, gehe er mit der SPÖ auch in die Opposition.



Der Letzte, der in der ÖVP Neuwahlen wollen kann: Parteichef Reinhold Mitterlehner.

Foto: Heribert Corn

Zerbricht eine Koalition, führen die Spuren oft ins schwarze Lager: Die drei letzten Parteichefs, die den Notausgang nahmen, stammten alle aus der ÖVP (siehe unten). Der amtierende Obmann allerdings ist diesbezüglich unverdächtig: Vizekanzler Reinhold Mitterlehner hat wohl als Letzter in der kleineren Regierungspartei Interesse an Neuwahlen – außer der Oberösterreicher träumt insgeheim von mehr Tagesfreizeit.

Nach einem Koalitionsbruch hätte der Parteichef gute Chancen, als „Frühstücksdirektor“ zu enden, glaubt der Politologe Filzmaier: Außenminister Sebastian Kurz sei um so viel populärer, dass die ÖVP nach rationalen Kriterien gar nicht umhinkomme, ihn anstelle Mitterlehners zum Spitzenkandidaten zu küren. Er wolle keinesfalls eine persönliche Wertung vornehmen, sagt der Wahlforscher, „aber angesichts der Imagewerte wäre alles andere fast geschäftsschädigendes Verhalten. Das wäre so, als wenn ein Verkäufer das von allen Kunden am besten bewertete Produkt bewusst nicht ins Regal stellt.“

Kurz' Prestige als immer noch relativ unverbrauchter Jungstar ist auch das beste Argument dafür, dass die ÖVP die Flucht aus der ungeliebten Koalition antreten könnte. Die Partei selbst hat beim Hasardspiel gar nicht so viel zu verlieren. Geht man davon aus, dass SP-Chef Christian Kern letztlich vor einer Koalition mit der FPÖ zurückschreckt (siehe Artikel links), dann sitzen die Schwarzen mit großer Wahrscheinlichkeit auch nach der nächsten Wahl in der Regierung – selbst bei einem Rückfall auf Platz drei.

Ärgere Schrammen riskiert jedoch Sebastian Kurz persönlich, der erstmals in der Verliererecke landen könnte. Es ist deshalb nicht gesichert, ob sich der Minister trotz prinzipieller Ambitionen zum aktuellen Zeitpunkt in die erste Reihe stellen lässt. Schon einmal hat sich eine Nachwuchshoffnung in der ÖVP nicht voreilig verheizen lassen: Als der damalige Parteichef Wilhelm Molterer 2008 Neuwahlen vom Zaun gebrochen hatte, soll Josef Pröll bekümmert worden sein, statt Molterer einzuspringen, heißt es. Doch der habe wegen Aussichtslosigkeit abgewinkt – und übernahm erst nach verlorener Wahl das Ruder.

Ungünstig sind die Umstände diesmal ebenfalls, das gilt nicht nur für die schlechten Umfragwerte. Der Wechsel an der Spitze ist nicht vorbereitet, die ÖVP wäre erst einmal mit sich

selbst statt mit Wahlkampf beschäftigt. Und selbst wenn sich Bünde, Länder und Mitterlehner-Anhänger für eine reibungslose Rochade artig der Parteiräson unterordnen: Ein kampagnentaugliches Konzept wie Kerns Plan A hat Kurz noch lange nicht.

Die möglicherweise verlockendere Option für Kurz, der sich als Außenminister von tagespolitischem Hickhack abkoppeln kann: Warten, bis sich Kern in der Koalition auferieben hat.

Was der ÖVP noch mehr als der SPÖ, die Widerstand gegen den Plan A beklagen kann, fehlt: ein handfester Anlass, um einen Bruch öffentlich zu argumentieren. Von der Asylpolitik bis zur Arbeitszeitflexibilisierung kamen die Sozialdemokraten der ÖVP zuletzt mehrfach entgegen – keine gute Basis für einen Absprung.

SPÖ

ÖVP

Seit 1986 zerschellten vier Koalitionen vorzeitig

Experte Zögernitz: Neuwahlen sind vor allem für den Aussteiger „mit einem hohen Risiko verbunden“

Die letzten drei Jahrzehnte zeigen: „Wer als Koalitionspartner abspringt, braucht einen triftigen Grund“, analysiert Werner Zögernitz, Präsident des Instituts für Parlamentarismus und einst Klubdirektor der ÖVP. Die Bevölkerung müsse die Beweggründe „verstehen“, denn ansonsten geraten Neuwahlen vor dem regulären Ablauf der Legislaturperiode vor allem für den Aussteiger zu „einem hohen Risiko“. Viermal zerschellten seit 1986 diverse Regierungsbündnisse. Die jeweilige Genesis der spektakulären Brüche im Detail:

■ **Blauer Putsch in Innsbruck** Im Herbst 1986 setzte Kanzler und SPÖ-Chef Franz Vranitzky Neuwahlen an, weil ihm Vizekanzler und FPÖ-Chef Norbert Steger ab-

handengekommen war. Mit Unterstützung des deutschnationalen Flügels hatte sich Jörg Haider in einer Kampfabstimmung unter „Sieg Heil!“-Gejohle zum neuen blauen Obmann küren lassen. Beim vorzeitigen Urnengang verlor die SPÖ zehn, die ÖVP vier Mandate, die FPÖ verdoppelte ihren Stimmenanteil. Fazit: Es kam zur Neuaufgabe der großen Koalition und der jahrzehntelang währenden Vranitzky-Doktrin für die SPÖ, mit Haider's FPÖ sei kein Staat zu machen.

■ **Streit um Blut- und Schweiß-Budget** Im Frühjahr 1995 übernahm Wolfgang Schüssel die Führung der ÖVP – und forderte prompt von Vranitzky einen rigiden Sparkurs ein. Angesichts eines Umfragehochs erzwang der frischgebacke-

ne schwarze Obmann gegen Jahresende Neuwahlen. Im Endspurt des Wahlkampfes erklärte Schüssels Wirtschaftsminister Johannes Ditz, dass man der Bevölkerung ruhig ein „Blut-Schweiß-Tränen-Budget“ zumuten könne. Das Ende der Geschichte: Am Wahlsonntag legte die ÖVP mickrige 0,62 Prozentpunkte zu – Rot und Schwarz wurschtelten miteinander weiter.

■ **Knittelfeld und die Folgen** Im Spätsommer 2002 mobbte Kärntens Landeshauptmann Jörg Haider auf einem blauen Sonderparteitag in Knittelfeld mithilfe von 400 Delegierten einen Teil der FPÖ-Ministerriege der schwarz-blauen Koalition weg. Nach dem Rekordhochwasser wollte Haider für die Bevölkerung eine Steuerreform. ÖVP-Chef Schüssel, mittlerweile

Kanzler, rief Neuwahlen aus. Die FPÖ stürzte auf zehn Prozent ab, die ÖVP legte auf 42 Prozent zu – doch der schwarze Obmann ging erneut ein Bündnis mit den Blauen ein.

■ **Molterer reicht es** Seit 2007 in Koalition mit der SPÖ, riss ÖVP-Chef Wilhelm Molterer angesichts prominenter Leserbriefe in der *Krone* der Geduldsfaden. Die SPÖ-Spitzen – Alfred Gusenbauer und Werner Faymann – hatten in ihren Schreiben versichert, bei Änderungen von EU-Verträgen künftig eine Volksabstimmung abhalten zu wollen. Am 7. Juli 2008 verkündete Molterer: „Es reicht!“ Bei der vorgezogenen Neuwahl wurden Rot wie Schwarz abgestraft – und die FPÖ erstarbte erneut mit 17,5 Prozent. (nw)



Angesichts von Jörg Haider's Inthronisierung zum FPÖ-Chef kündigte Kanzler und SPÖ-Chef Franz Vranitzky 1986 die rot-blaue Koalition auf. Vizekanzler und ÖVP-Chef Wilhelm Molterer riss 2008 wegen prominenter Leserbriefe in der „Krone“ der Geduldsfaden – prompt erklärte er dem Regierungspartner SPÖ: „Es reicht!“

Fotos: APA



WISSEN

Wann frühestens gewählt wird

Grob gesprochen brauchen Wahlen eine Vorlaufzeit von gut drei Monaten. Sollte es die Koalition richtig eilig haben, könnte theoretisch also bereits am 30. April gewählt werden. Zuvor müsste sich der Nationalrat auf Anraten der Regierung per Gesetzesbeschluss selbst auflösen. Danach könnte die Wahl ausgeschrieben werden. Entscheidend ist der festgesetzte Stichtag. Personen, die an diesem Datum die nötigen Voraussetzungen – Alter, Staatsbürgerschaft – erfüllen, sind wahlberechtigt. Exakt 82 Tage später muss dann – so will es die Wahlrechtsordnung – gewählt werden.

Alle Termine nach dem 30. April würden sich bequem ausgeben. Als ein wahrscheinliches Datum kursiert seit geraumer Zeit der 21. Mai. Abgesehen von den Fristenläufen haben die Parteien schließlich auch Interesse daran, genug Zeit für ihren Wahlkampf zu haben. Sollten SPÖ und ÖVP noch diese Woche zu dem Schluss kommen, dass sie nicht mehr miteinander wollen, können sie jedenfalls schon kommenden Dienstag oder Mittwoch den Neuwahlantrag beschließen – da tagt das Nationalratsplenum. (mika)